



BESCHLUSSVORLAGE

Drucksachen-Nr. 003/23

erarbeitet von:

Misch, Beate
Bürgermeisterin

eingereicht von:

Dr. Daniel Schultheiß
Oberbürgermeister

Datum:

17.01.2023

Der Beschluss ist der Rechtsaufsicht zur Anzeige bzw. Genehmigung nicht vorzulegen.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungszweck
Wirtschafts- Umwelt- und Verkehrsausschuss	30.01.2023	öffentlich	Vorberatung
Haupt- und Finanzausschuss	09.02.2023	öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	23.02.2023	öffentlich	Beschlussfassung

Kurztitel: Schaffung eines kommunalen Flächenkatasters für Photovoltaikanlagen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Ilmenau beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Kataster zu erstellen, aus dem ersichtlich wird, welche kommunalen Flächen und Gebäude für die Errichtung von Photovoltaikanlagen geeignet sind und zur Verfügung stehen. Das Kataster ist dem Stadtrat in geeigneter Weise vorzustellen.

Begründung:

Um eine größere Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen, ist der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien zwingend erforderlich. Die Stadt Ilmenau ist in den letzten Jahrzehnten mit den Stadtwerken Ilmenau hier bereits Vorreiter gewesen. Insbesondere das grundlastfähige Biomasse-Heizkraftwerk sowie die Biogasanlage in Dannheim sind wichtige Meilensteine. Nun ist es wichtig einen weiteren Schritt zu gehen und mögliche Flächen für den Photovoltaik-Ausbau aufzuzeigen. Zudem sollte auch die Stadt Ilmenau die eigenen Gebäude-dächer auf die Sinnhaftigkeit der Installation von Photovoltaikanlagen prüfen. Die vielfältigen Gebäudearten von Kindergärten, Sporthallen, Gemeinschaftshäusern und Verwaltungsobjekten lassen hierfür großes Potenzial vermuten.

(ID 358685)

Niederschrift-Auszug

35. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.02.2023

-öffentlich-
(ID: 363591)

5.9. Schaffung eines kommunalen Flächenkatasters für Photovoltaikanlagen

Drucksachen-Nr.: 003/23

Der Oberbürgermeister erläutert die Beschlussvorlage. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Dietrich teilt er mit, dass die Arbeiten zum Kataster durch Personal des Bauamtes/Liegenschaften und Zentrales Gebäudemanagement erfolgen und keine Kosten an Dritte generiert werden.

Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja - 1 Nein - 0 Enthaltungen von 6 Stimmberechtigten